Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

4. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 3. Mai, 1911. | No. 27.

Erpressungsversuch gegen Minister.

In der Dominion-Parlaments-Sitzung vom 28. April machte Sir Wilfrid Laurier auf einen im „Telegram" in Toronto erschienenen Artikel aufmerksam, in welchem von ungenannter Seite einem Kabinetts-Minister der Vorwurf gemacht wird, daß er ein „Grafter" und „Boodler" sei, und worin als Beweis für diese Anklagen angebliche photographische Nachbildungen des Bankbuches des betreffenden Ministers, Checks und ähnlicher Schriftstücke angeführt werden. Sir Wilfrid erklärte, daß der betreffende Angeber, eine Person, mit der er in früheren Jahren freundschaftliche Beziehungen unterhalten, aber mit der er nun seit längerer Zeit keinen Verkehr gehabt, ihn kürzlich aufgesucht habe und angab, daß der betreffende Minister das Vertrauen der Partei, namentlich in seiner eigenen Provinz, verloren habe, und daß derselbe aus der Regierung ausgestoßen werden sollte. Falls sich Sir Wilfrid weigere, dies zu tun, so würde das Beweismaterial der Opposition übergeben werden. Sir Wilfrid antwortete, daß er keinen Grund habe, an der vollkommenen Ehrenhaftigkeit seines Adlegers und Freundes zu zweifeln, und daß er es auf die ihm gestellte Alternative ankommen lassen müsse.

Die örtliche Presse beider Parteien stimmt in der Besprechung dieser Auslassungen des Torontoer Telegram darin überein, daß es sich hier um nichts mehr oder weniger als einen plumpen Erpressungsversuch handele, der, solange weder der Name des betreffenden Ministers noch der seines Anklägers genannt werde, nur mit schweigender Verachtung gestraft werden könne. Die Torontoer „World" und der Ottawa „Citizen", beides konservative Parteiorgane, erklären, daß das sogenannte Beweismaterial „seit Monaten bei den verschiedenen konservativen Zeitungen herum gehockert worden sei, aber keinen Annehmer finden konnte, da seine Fragwürdigkeit zu klar am Tage lag, und letztere Zeitung nennt die Veröffentlichung einen „Erpressungs-Versuch".

Die Ottawa „Free Press" bemerkt, daß diese anonymen Anklagen, von denen man schon seit ein oder zwei Monaten durch die Angebote des Materials an verschiedene Zeitungen zu Ohren gewußt, von Niemand ernst genommen werden. Sie sind der Meinung, daß es sich um die Fabrikation eines ehemaligen Angestellten handle, dem der Minister das nicht zukommen gelassen, wovon er glaubte, daß es ihm zustehe, und daß die Sache von Anfang bis Ende erlogen sei.

Der Toronto „Globe" sagt, daß, sofort entweder die betreffende Zeitung oder der Mann, der die Anklage erhebt, ans Tageslicht kommen und den Namen des Ministers nennen, der Premierminister und sein angegriffener Kollege sofort Schritte tun würden, die Sache vor der Oeffentlichkeit vollständig klarzulegen. „Nachforschungen haben ergeben", fährt der Globe fort, „daß dies verächtliche Erpressungs-Komplot gegen den Minister schon vor fast drei Monaten ausgeheckt worden, und daß erfolglose Versuche gemacht worden sind, konservative Zeitungen zur Veröffentlichung zu veranlassen. Sie weigerten sich, irgend etwas damit zu tun zu haben, da Nachforschungen darauf hinwiesen, daß es augenscheinlich ein Erpressungs-Versuch sei. Ein konservativer Redakteur, ein intimer persönlicher Freund des Führers der Opposition, warf dem Manne, der ihm dieselben anbot, die Aufzeichnungen in's Gesicht mit der verächtlichen Bemerkung, daß er das Zeug nicht mit einer 10 Fuß langen Stange berühren würde aus Furcht, daß er die Stange beschmutzen würde."

Bisher haben die Angeber es bei anonymen Verdächtigungen bewenden lassen. Ihren weiteren Schritten wird mit Interesse entgegen gesehen.

Versammlung der Sask.-Konferenz der Ohio-Synode.

Dieselbe tagte am 26. u. 27. April in der Gemeinde des Pastor Leinweber zu Lang. Die Konferenz zählt gegenwärtig 13 Glieder und war gut besucht. Man beschäftigte sich mit einer Arbeit über das hl. Abendmahl von Pastor Sandermann, der in klarer Weise die Lehrunterschiede zwischen den Reformierten und der luth. Kirche darlegte und aus der Schrift überzeugend nachwies, wie irrig jene Lehre sei und wie die lutherische Kirche treu am Worte des Herrn festhalte.

Unter den vorliegenden Geschäften nahmen die Missions- und Anstaltssache die erste Stelle ein. Verschiedene Empfehlungen zur Besetzung von Missionsgemeinden wurden an die Missionsbehörde gemacht. Es sollen außerdem einige wichtige neue Felder in Angriff genommen werden. Der stete Zuzug von lutherischen Einwanderern gebietet immer größere Anstrengungen.

Die alten Beamten der Konferenz wurden wiedergewählt, nämlich Pastor H. Schmidt, Regina, zum Vorsitzer und Pastor J. Leinweber, Lang, zum Sekretär.

Auf der Konferenz war auch Pastor F. Lehmann, Arcola, zugegen, der in einigen Wochen in seine Heimat, Australien, reisen wird, um dort dem Herrn im Predigtamt zu dienen. Zu einer kurzen Abschiedsfeier wurde ihm Gottes Segen für die Reise und seine Arbeit in Australien gewünscht. S.

Des Kampfes müde.

Es ist nunmehr die beste Aussicht vorhanden auf baldige Wiederherstellung geordneter Zustände in Mexiko. Die mexikanische Regierung hat sich mit dem Plan eines vorläufigen Waffenstillstandes einverstanden erklärt, und Francisco J. Madero, der anerkannte Führer der Rebellen, autorisierte am Samstag seinen Vertreter Dr. Gomez in Washington, mit der Regierung einen Waffenstillstand abzuschließen. Dies wird allgemein als die Einleitung zu weiteren Friedensverhandlungen angesehen. Gegenwärtig ist man dabei, die Bedingungen für den Waffenstillstand auszuarbeiten. Dazu gehört vor allem nicht nur die Einstellung aller Feindseligkeiten, sondern auch das Aufhören von Truppenbewegungen, denn Madero verlangt, daß die mexikanische Regierung den Waffenstillstand nicht dazu benütze, Verstärkungen nach dem bedrohten Grenzort Juarez zu bringen.

Madero erklärte, er habe nie darauf bestanden, daß Präsident Diaz zurücktreten müsse, ehe Friedensverhandlungen stattfinden können, und er verlange dies auch jetzt nicht.

Diese Erklärung kam so überraschend, daß der Korrespondent zuerst seinen Ohren nicht trauen wollte und den Rebellenführer noch einmal um Bestätigung des Gesagten ersuchte. Madero wiederholte seine Versicherung.

„Es ist berichtet worden, ich hätte ein Ultimatum an Präsident Diaz gesandt, er müsse resignieren," sagte Madero. „Ich habe nichts derartiges getan. Ich würde es gern sehen, daß die Revolution zu einem friedlichen Ende gebracht würde. Zu diesem Zweck bin ich stets bereit gewesen, Konzessionen zu machen, und ich bin bereit, jedes persönliche Opfer zu bringen, um dies zu erreichen. Indessen muß beachtet werden, daß kein Friede geschlossen werden kann, wenn die Bedingungen dem mexikanischen Volke nicht annehmbar sind.

„Alle meine Offiziere stimmen mit meinen Ansichten vollkommen überein. Niemand wird versuchen, den Aufstand fortzusetzen, wenn ehrenhafte Bedingungen zu haben sind, und wenn den Mexikanern die verfassungsmäßig zustehenden Rechte gewährt werden. Unter meinen Offizieren befindet sich auch Pancho Villa. Er kämpft ebenso wie die anderen um ein Prinzip und nicht des Kampfes halber."

Betreffs des Waffenstillstands erklärte Madero, er habe an Gomez depeschiert, der Waffenstillstand solle mindestens vier oder fünf Tage dauern und das ganze Gelände zwischen Juarez und Chihuahua einschließen. Madero sagte, er warte noch auf Antwort von der mexikanischen Regierung. Gegenwärtig habe er eine größere Truppenzahl als die Garnison von Juarez, und er könne deshalb seine vorteilhafte Stellung nicht aufgeben und gestatten, daß Verstärkungen für die Garnison herbeigezogen würden. „Wenn die mexikanische Regierung ernstlich Frieden wünsche, werde man schon zu einem Einverständnis kommen.

Wie verlautet, haben die Vorstellungen von Dr. Gomez und Maderos Vater die Sinnesänderung des Rebellenführers bewirkt. Indem kommt die im ganzen Staate Chihuahua infolge des langandauernden Kampfes herrschende Notlage, denen Freund und Feind jetzt herzlich müde geworden sind.

Madero soll noch vor 48 Stunden bestimmt erklärt haben, er werde nicht nachgeben, wenn Präsident Diaz nicht abdanke, aber dies will ihm jetzt niemand mehr vorhalten, denn alle sind froh, daß ein Weg zur Einigung gefunden worden ist.

Ralph Converse von Glendora, California, Edwin Batt von Pittsburg, Pa., und Richard Brown von El Paso, die drei Amerikaner, die sich bisher in mexikanischer Gefangenschaft in Juarez befanden, wurden am Samstag auf Ordre des Präsidenten Diaz freigelassen. Brown war im Lazarettdienst der Rebellenarmee und hat, soviel bekannt, nie mit den Waffen gegen die mexikanische Regierung gekämpft. Die beiden anderen haben in der Rebellenarmee gekämpft, aber sie sollen auf amerikanischem Boden gefangen und über die mexikanische Grenze geschleppt worden sein. Batts Vater begab sich vor einigen Tagen nach Mexiko und wurde bei Diaz persönlich vorstellig, worauf er die Freilassung seines Sohnes erwirkte.

Stolypin und die Deutschen in Rußland.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Das plötzlich eingereichte Rücktrittsgesuch des russischen Ministerpräsidenten Stolypin und die Lösung, der dadurch hervorgerufenen Krise durch sein Verbleiben im Amte nach Bewilligung seiner Bedingungen durch den Zaren legt die Frage nahe, was die Deutschen in Rußland fernerhin von ihm zu erwarten haben. Stolypin hat unzweifelhaft große Verdienste um Rußland. Er hat namentlich durch sein entschlossenes Vorgehen gegen die Revolution zu einer Zeit, da die Autorität der Regierung danieder lag, den monarchischen Gedanken wieder belebt. Er hat auch durch sein energisches Einschreiten gegen Mißbräuche der Verwaltung — es sei nur an die Senatoren-Revisionen erinnert — Großes für sein Vaterland gewirkt. Aber andererseits hat er den nationalen Chauvinismus in einer Weise begünstigt, die dem inneren Frieden gefährlich werden kann. Die „Fremdstämmigen" und „Andersgläubigen" sind in seinen Augen eigentlich nur Staatsbürger zweiter Klasse, und mehr als einmal hat er in der Duma eine Haltung gegen diese eingenommen, die als ein Akt direkter Feindseligkeit aufzufassen ist. Sich selbst eine Vorzugsstellung bekundete, wie sie ein Staatsmann in seiner Stellung nicht besitzen darf.

Unter den „Fremdstämmigen" waren es besonders die Deutschen zu Rußland, die unter dem chauvinistischen Empfinden des Ministerpräsidenten zu leiden hatten. Unmittelbar nach der Revolution, der gegenüber der monarchische Sinn unserer Volksgenossen sich glänzend bewährt hatte, konnte es für sie nicht an anerkennenden Worten bei hochstehenden Personen. Aber es blieb bei den Worten. Als die baltischen Deutschen bald darauf angeblich im Einverständnis mit der Regierung ihre Selbstverwaltung begannen, da zeigte sich sofort die Absicht, in Petersburg Verhältnisse zuzulassen, die die selbständige Entwicklung der baltischen Lande sichern könnten. Bereits in den Provinzialräten wurden der Arbeit Hindernisse bereitet und der Wunsch bekundet, die baltische Selbstverwaltung möglichst einzuschränken. Schließlich wurden die Entwürfe einer Verfassung fertig und mit der Zustimmung des damaligen Generalgouverneurs Baron Meyer-Lindenfelds dem Ministerium übergeben; dort aber sind sie liegen geblieben, und es ist heute keinem Zweifel, daß Stolypin sie nie oder doch nur in veränderter Fassung in die Duma bringen wird. Er wollte keine Reform in den baltischen Provinzen, die der deutschen Bevölkerung entsprechend ihrer Bedeutung als kultureller Faktor, einen bestimmenden Einfluß verbürgt hätte. Er hat es denn auch zustande gebracht, daß die Arbeiten der Provinzialräte von der Regierung überhaupt nicht benutzt wurden, sondern höchstens dazu dienen sollten, das Material für eine Vorlage abzugeben, die man bei der Volksvertretung einbringen würde, die aber natürlich eine „Selbstverwaltung" vorspiegelt, in der das Bauerntum die erste Rolle spielen soll.

Die Abneigung Stolypins gegen das Deutschtum zeigte sich auch in seinem ablehnenden Verhalten gegen die deutschen Vereine, die doch lediglich reine kulturelle Aufgaben verfolgen und durch Gründung von Schulen, Büchereien und anderes die Erziehung der Jugend der deutschen Bevölkerung sicher stellen wollen. Die deutschen Vereine haben auch zum Zusammenschluß der baltischen Deutschen beigetragen und gleichzeitig erlangen sie den monarchischen Sinn und sind dadurch namentlich im Hinblick auf die Letten und Esten und deren Organisationen ein wichtiger staatserhaltender Faktor im Lande. Sie verdienen es tragies, gerade von der Regierung unterstützt zu werden. Stolypin dagegen wollte sie beseitigen, weil sie ihm ein Hindernis der Russifizierung sind, und wenn sie gegenwärtig noch bestehen, so ist das wahrlich nicht sein Verdienst. Die baltischen Gouverneure hatten von ihm eine Vollmacht erhalten, die deutschen Vereine noch Bestehen weiter zu dulden oder aber aufzulösen; und wenn sie bisher von dieser Machtvollkommenheit noch nicht Gebrauch gemacht haben, so lag das nicht an dem Willen Stolypins, sondern an ihrer besseren Einsicht, die die deutschen Vereine als wertvolle Elemente im öffentlichen Leben der baltischen Provinzen anerkennt.

Nicht minder sind die deutschen Schulen in den baltischen Provinzen durch Stolypin auf jede Weise belästigt worden. Anfangs wurde die Gründung von Lehrerseminaren mit deutscher Unterrichtssprache ohne große Schwierigkeiten gestattet, wobei aber die Unterhaltungskosten von den Deutschen selbst aufgebracht werden mußten; auch die Zöglinge erhielten keine staatlichen Rechte, wenn sie die Schulprüfung nicht im Russischen an einer staatlichen Lehranstalt abgelegt hatten. Aber auch das schien der Regierung bereits zu viel und das Interesse der Reichssprache zu gefährden. Neue Konzessionen für weitere Schulen sind deshalb seit langem nicht mehr erteilt worden, und die bestehenden werden durch Verordnungen und Maßnahmen der Verwaltung auf alle nur mögliche Weise bedrängt. Daß Stolypin die Seele dieses Vorgehens war, unterliegt keinem Zweifel, obwohl er scheinbar nichts mit der Unterrichtsverwaltung zu tun hat. Er hat aber selbst bei gegebener Gelegenheit durch kennzeichnende Aeußerungen keinen Zweifel gelassen, daß er die Entwicklung des deutschen Schulwesens in den baltischen Provinzen im Interesse des Reiches für nicht förderlich hält.

Es ließe sich noch manches sagen, was die Gegnerschaft Stolypins gegen die Deutschen im Zarenreiche bewiesen könnte. Es sei hier aber nur noch an seine gegen die deutschen Kolonisten gerichtete Vorlage erinnert, die diesen bekanntlich den Erwerb von Grundbesitz untersagt. Das Schlimmste hierbei war noch die Begründung, in der die Deutschen geradezu des Hochverrates beschuldigt wurden, indem man ihnen nachsagte, im Interesse Deutschlands einst nach Rußland gekommen zu sein, um im Falle eines Krieges für ihr altes Vaterland gegen das Zarenreich wirken zu können.

Ob es unter einem anderen Ministerpräsidenten damit besser geworden wäre, läßt sich natürlich nicht sagen. Der nationale Chauvinismus ist das beherrschende Prinzip für die innere Politik Rußlands geworden und wird sich kaum mehr verdrängen lassen. Gleich nach Niederwerfung der Revolution wäre es anscheinend möglich gewesen, ein gerechtes Verhalten gegenüber den nichtrussischen Völkerschaften zu befolgen, und Stolypin besaß eine Zeitlang die Eigenschaften, um einer solchen Politik Anerkennung zu verschaffen. Aber er wollte es nicht und lieferte die „Fremdstämmigen" dem Nationalismus aus. Die Art, wie die Ministerkrisis jetzt gelöst ist, läßt erwarten, daß dieser chauvinistische Nationalismus fortan ziemlich unumschränkt herrschen wird.

Frau L. L. Kramer gestorben.

Zu unserem tiefen Leidwesen müssen wir unseren Lesern Mitteilung machen von dem am Mittwoch vergangener Woche erfolgten Ableben der Frau L. L. Kramer, Gattin unseres verehrten Mitbürgers Alderman Kramer, des Hauptlehrers der hiesigen katholischen St. Marien Schule. Frau Kramer war, wie wir in unserer letzten Nummer mitteilten, an einer Lungenentzündung erkrankt. Doch hatte niemand geahnt, daß ihr Leiden einen so jähen und betrübenden Abschluß finden würde. Die Verstorbene, welche die zweite Gemahlin des nun an ihrem Grabe trauernden Mannes war, hatte vor ihrer Verheiratung als Lehrerin an der damals unter dem Namen „Grotton Schule" bekannten katholischen Separat-Schule in Regina gewirkt, deren Leitung schon damals in den Händen des Herrn Kramer lag. Für die allseitige Verehrung, welcher sich die Dahingeschiedene erfreute, legte lebendiges Zeugnis ab, die unübersehbare Schaar von Freunden, Verwandten und Bekannten, welche sich am Sonntag Nachmittag in der St. Marienkirche zu Regina einfand, um der Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Das schöne Gotteshaus war in ernsten und würdigen Trauerschmuck gekleidet, und ein Wald von flimmernden Kerzen trug dazu bei, die Gedanken der Versammlung auf Altar und Kanzel zu lenken, wo Hochwürden Herr Pater Sutia den Trauergottesdienst leitete, unterstützt durch die feierlichen Klänge des Chores. Nach dem Gottesdienst ordnete sich die Trauerversammlung zu einem sicher endlosen Zuge, um die sterblichen Ueberreste der Toten hinaus zu begleiten auf den Gottesacker, wo dieselben zur letzten Ruhe bestattet wurden. Den Zug eröffneten die oberen Klassen der St. Marien Schule, denen sich die Träger des Sarkrauches in Wagen anschlossen, dann dem Leichenwagen folgend, reihten sich die nächsten Leidtragenden an, und nach diesen kamen die verschiedenen katholischen Vereine der Stadt, der Männer-Verein, der Jünglings-Verein, der Frauen- und Jungfrauen-Verein, denen sich endlich die Unter-Klassen der katholischen Schule anschlossen. Als Kranzträger fungierten die Herren Franz Bäcker, John McCarthy, J. J. Smith, Thos. Murran, C. J. McCarter und T. Stocker.

Neben dem tiefgebeugten Gatten nebst Kindern, sowie einer Schwester der Verstorbenen, trauern zahllose Freunde um den Heimgang der edlen Frau, der während ihrer edlen Werke in ihrem Lebenskreise lebhaftes Interesse und tatkräftige Beihilfe bewiesen hatte. Möge ihr die Erde leicht werden. Den trauernden Hinterbliebenen sprechen wir unser und unserer Leser innigstes Beileid aus.

Die Waffen ruhen.

El Paso, Tex., 23. April. — Ein Waffenstillstand von 5 Tagen, der sich auf die Gebiete von Juarez bis Chihuahua und westwärts davon erstreckt, ist heute durch Austausch gleichlautender Schriftstücke in Kraft getreten, die für die Rebellen von Francisco J. Madero, für die Regierung von General Juan Navarro unterzeichnet sind.

Innerhalb der nächsten fünf Tage soll auf keiner Seite eine Truppenbewegung erfolgen und dürfen Proviant und Arzneien zollfrei von der amerikanischen Seite nach jedem der beiden Lager gebracht werden.

Bemerkt wird, daß Ojinaga, wo sich eine kleine Abteilung Regierungstruppen belagert befindet, nicht in den Waffenstillstand einbegriffen ist. Die Tätigkeit der Insurgenten war in jenem Gebiet vorzugsweise eine unabhängige, und wenn die Rebellion in Chihuahua beigelegt ist, erwartet man, daß auch die Lage in Ojinaga und anderen über die Republik verstreuten Orten in's Auge gefaßt werden wird. Die moralische Wirkung der Einstellung der Feindseligkeiten in Chihuahua dürfte die Herstellung der Ruhe in anderen Landesteilen sicher erleichtern.

Dem Waffenstillstand waren regelrechte Friedensverhandlungen vorausgegangen. Allerdings mußte man, daß ein Waffenstillstand Madero genehm war, und daß ein Telegramm aus Stadt Mexiko kam mitgeteilt hatte, General Navarro sei durch den Präsidenten Diaz angewiesen, Vereinbarungen einzugehen.

Die Zugeständnisse, zu denen die Regierung bereit ist, sind Madero seit vierzehn Tagen, seit der Kommune Frederico Moyo aus Chihuahua den General in Rancho Bustillos besucht hat, bekannt gewesen. Diese Bedingungen hatten heute bei der Konferenz der verschiedenen Führer und der Mitglieder der Friedensdelegationen den Gegenstand der Beratung gebildet.

Die Bedingungen des Waffenstillstands wurden folgendermaßen festgesetzt:

1. Beide in den Rechteck Chihuahua-Juarez-Casas Grandes-Minaca operierenden Heere sollen in den Stellungen bleiben, die sie am heutigen Tage (23. April) tatsächlich innehaben, keine Zeit, weiter vorrücken und Verstärkungen nicht erfolgen.

2. Alle Tätigkeit und Beseitigungen, Trancheen-Fortifikationen aller Art, Reparaturen von Bahnen oder andere militärische Arbeit soll sistiert sein.

3. Es soll gestattet sein, über Juarez alle Lebensmittel, Fourage, Kleidung, Medikamente und andere Bedürfnisartikel zollfrei einzuführen. Berauschende Getränke sind von dieser Erlaubnis ausgeschlossen.

4. Der Waffenstillstand soll von heute Mittag 12 Uhr an für fünf Tage in Kraft bleiben.

5. Pässe nach und von dem Lager sollen den Mitgliedern der Familie Madero, den Friedenskommissaren, Personen, die Vorräte befördern, und Anderen erteilt werden, deren legitime Pflichten ihren Durchgang zu und von dem Lager erfordern. Ueber die Form des Passes soll eine Vereinbarung erfolgen.

General Madero war es, der zuerst seine Unterschrift unter den Waffenstillstand setzte. Er legte das Schriftstück in die Hände von Oscar Braniff und Toribio Esquivel Obregon, die sich damit nach Juarez aufmachten. Dort unterzeichnete General Navarro ein gleichlautendes Dokument, und mit diesem kehrten die Boten nach dem Rebellenlager zurück.

Export nach Canada.

Der Berliner Wochenschrift „Das Echo" entnehmen wir folgende Notiz: Canada hat mit den Vereinigten Staaten einen Gegenseitigkeits-Vertrag abgeschlossen, wonach gewisse Zölle aufgehoben, andere bedeutend ermäßigt werden, falls die Parlamente dazu ihre Einwilligung geben. Die Zollaufhebungen und Zollermäßigungen betreffen hauptsächlich Ackerbauprodukte und Rohmaterialien. Der Vertrag dürfte nach seiner Annahme leider die Konkurrenzverhältnisse auf dem canadischen Markte noch mehr als bisher zu Gunsten der nordamerikanischen Union und zu Ungunsten Deutschlands verschieben. Es ist daher eine der wichtigsten und dringendsten handelspolitischen Aufgaben Deutschlands, in der Zukunft das Handelsprovisorium mit Canada durch einen festen Vertrag zu ersetzen. Der Süddeutsche Exportverein Mannheim, bereitet nun, wie wir dem Organ dieses Vereins, der „Süddeutschen Exportzeitung" entnehmen, eine entsprechende Eingabe an den Herrn Reichskanzler vor, in welcher die Bedeutung dieses Abkommens für die deutsch-canadischen Handelsbeziehungen behandelt wird.

Unser Krieg mit Deutschland.

Daß nicht nur in der Hirnschale englischer Chauvinisten das einzige Gespenst eines deutschen Ueberfalls herumspukt, sondern daß auch einige unserer Nachbarn südlich der Grenzlinie sich von solchen albernen Zukunftsträumen schrecken lassen, sollte man bei der allgemein auf das Praktische gerichteten Anschauungsweise der Yankees kaum voraussehen; die nachstehende, der „New Yorker Staats-Zeitung" entnommene Besprechung eines kürzlich erschienenen Aufsatzes belehrt uns jedoch eines Besseren, und wir finden, daß auch in den aufgeklärten U. S. A. die Dummen noch nicht alle geworden:

„Die hiesige Monatsschrift „Pearson's Magazine" veröffentlicht in ihren beiden letzten Nummern (April und Mai) einen fortlaufenden Artikel mit der Ueberschrift: „Our War with Germany". Eine Erzählung über den „Zukunftskrieg" aus der wohlgeschulten Phantasie des [illegible] Strategen und Schlachtenlenkers zu gewaltiger Massenhaftigkeit und mit entsprechenden Blutströmen geschlagen werden. Es bildete sich eine Art eigener Literatur heraus, aber diese Literatur beschränkte sich im Wesentlichen darauf, anstatt zu sein oder es wenigstens sein zu wollen. Seine einzige dieser Veröffentlichungen hat den Anspruch erhoben, ernst genommen zu werden, oder behauptet, in der trefflichen Form eine Darstellung der logischen Entwicklung politischer Verhältnisse und Ideen zu geben. Das aber tut der erwähnte Artikel in „Pearson's Magazine", und darum muß man nur im Interesse der politischen Wahrheit, sondern besonders unter der Erwägung des ernsten und hochwichtigen Zweckes der Veröffentlichung gegen diese entstellende Stellung protestieren.

Um den Inhalt kurz zu skizzieren: Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten brechen nach einem Handelskriege im Jahre 1920 offene Feindseligkeiten aus. Deutschland hat von Rio de Janeiro gewaltsam Besitz ergriffen, und unter durch eine 100,000 Mann starke kolonialen Armee in Brasilien, welche durch verlassene deutsche Offiziere geführt werden ist. Die Verletzung der Monroe-Doktrin veranlaßt die Vereinigten Staaten zur Kriegserklärung an Deutschland. Eine deutsche Flotte erscheint vor New York, von der amerikanischen in der Schlacht von Cape St. Roque geschlagen und gezwungen, im Hafen von Rio Unterschlauf zu suchen, aber bald darauf landet in der Chesapeake Bai eine deutsche Armee von mehreren hunderttausend Mann, welche der ganze Osten des Landes wehrlos offen liegt. Zu gleicher Zeit überfallen die Japaner die Pacificküste und besetzen die dortigen Länder. In wenigen Monaten ist das Gebiet der Ver. Staaten zu einem schmalen Streifen Landes zwischen zwei Gebirgsketten zusammengeschrumpft. Und zum Schluß des Artikels heißt es: „Warum ist England uns nicht zu Hülfe gekommen? Befindet es sich selbst in den Wehen eines Krieges? Was haben die zu uns gedrungenen Gerüchte von dem Ausbruch diplomatischer Verhandlungen in ganz Europa, von der Scheidung der Welt in zwei feindliche Heerlager, zum einen Bündnis zwischen Rußland und Deutschland gegen England, Frankreich und Italien zu bedeuten? Ist der große Weltkrieg endlich herangekommen?"

Nicht etwa die Eingebungen dieser Zukunftskrieg-Phantasie soll Stellung genommen werden, sondern gegen die Absicht, welche mit der Veröffentlichung tatsächlich verfolgt wird. Gegen die Absicht, mit derartigen Phantasiebildern Stimmung gegen Deutschland zu machen. Diese Absicht geht schon aus der dem Artikel beigefügten chauvinistischen Note hervor, welche besagt, daß sich hinter dem Verfasser eine Persönlichkeit mit amtlichen Verbindungen verbirgt und daß das Ganze „die logische Schlußfolgerung aus den augenblicklichen Stadium der Entwicklung der nationalen und der Weltpolitik befindlichen politischen Ideen und Pläne" sei.

Es sind alle abgeschmackten Uebertreibungen, die Nachahmung der Monroe-Doktrin und die deutschen Bücher auf Brasilien, wieder hervorgezaubert und abgeschmackt worden, aber der Verfasser hat immer ein neues Mosaikbild zurechtgeschoben, indem er Deutschland mit Japan zusammen Amerika überfallen läßt.

Daß unser Kongreß nicht mehr den Einfluß hat, welchen es früher ausgeübt, das ergeben sich aus der allseitigen Beurteilung, mit welcher die große Masse des amerikanischen Volkes die mexikanischen Wirren behandelt. Aber gerade in Verbindung mit den Geschehnissen der letzten Zeit an unserer südlichen Grenze hat sich das große Mißtrauen des amerikanischen Volkes vor einzelnen Handelsbeziehungen Japans ergeben. Wenn man Deutschland mit Japan zusammengeschoben wird, so kann dies nur mit der heißlichen Absicht böswilliger Verdächtigung geschehen sein.

Reichsangehörigkeit und Wehrpflicht.

Nach dem, was bis jetzt von dem neuen Gesetz über den Verlust der Staatsangehörigkeit an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, soll die Erhaltung der Staatsangehörigkeit der Deutschen im Auslande mit der Bedingung verknüpft werden, daß sich diese Deutschen der allgemeinen Wehrpflicht unterwerfen. Man will ihnen zwar die Dienstpflicht erleichtern, indem alle Reserve- und Landwehrübungen in Fortfall kommen sollen, und indem überall da, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse dies als unbedingt nötig erscheinen lassen, eine Befreiung vom Militärdienst gewährt werden soll, aber grundsätzlich sollen die im Auslande geborenen Söhne einer Dienstpflicht genügen. Die Erziehung als Soldat soll möglichst in den deutschen Kolonien geschehen, wozu freie Hin- und Rückreise gewährt wird.

Nach jahrelangem Ringen aller vaterlandstreuen Vereine und Männer, die mit blutendem Herzen von Jahr zu Jahr mehr Kinder Deutschlands fremder Staatsangehörigkeit anheimfallen sahen, hat sich die Regierung endlich entschlossen, ein neues Gesetz zu schaffen, das die Erhaltung der Staatsangehörigkeit leichter machen soll, und man verleihen sie dies Gesetz mit der Absicht, der allgemeinen Wehrpflicht Tausenden und Abertausenden Reichsdeutscher im Auslande die der Staatsangehörigkeit verloren gegangen, weil sie die Bestimmung nicht erfüllten, sich alle zehn Jahre einmal bei dem nächsten Konsulat in die Staatsmatrikel eintragen zu lassen. Sie taten es meist deshalb nicht, weil sie in harter Arbeit draußen im Lande nicht Zeit hatten, diese Eintragung machen zu lassen, und es deshalb auch vergaßen. Nun verlangt man von diesen Pionieren in den Wäldern Amerikas, von den Farmern, die im Einwandererleben des Auslandes sich in heißer Arbeit müßen, daß sie ihre Söhne in eine deutsche Kolonie zur Ableistung der Dienstpflicht senden lassen sollen, um ihre Staatsangehörigkeit zu behalten.

Mit der Forderung der Dienstpflicht werden dem Reiche mehr Staatsangehörige verloren gehen als aus der Nichtnahme der Eintragung in die Matrikel des Konsulats von selbst zu sein hätten.

Das Reich hat aber garnicht einmal so besondere Vorteile davon, daß jene Auslandsdeutschen, ihre ein bis zwei Söhne abdienen — ganz abgesehen davon, daß die Frage des Einjährigen-Zeugnisses hier noch weitere Schwierigkeiten bereiten wird. Fehlen doch schon die Mittel, im eigenen Lande alle Dienstfähigen zum Heere einzuziehen und die notwendigsten Uebungen der Ersatzreserve abzuhalten. Die Einziehung der Auslandsdeutschen in die Kolonien wird aber verhältnismäßig teurer sein als diese Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Gewiß, man gestatte den Auslandsdeutschen, der Dienstpflicht zu genügen, aber man mache dies nicht zur Bedingung der Reichsangehörigkeit.

In diesem Sinne hat sich auch der Deutsche Flottenverein in Livorno in einem Schreiben vom 5. Dez. 1910 an den „Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Auslande" gewandt. Einige Sätze dieses Schreibens mögen hier wiedergegeben werden:

„Die Herren daheim im deutschen Vaterlande ... haben sich wohl noch nicht klargemacht, daß die im Ausland ansässigen deutschen Familien in den seltensten Fällen in der Lage sind, eine Zeitlang nach Deutschland zur Ableistung der Militärpflicht schicken zu können. Sie werden, obwohl widerwillig, zu dem traurigen Schritte gezwungen, daß ihre Söhne dem Deutschtum entsagen müssen. Tausende junger Deutscher gehen dadurch jährlich dem Vaterlande verloren.

„Zulassung des Gesetz die im Auslande geborenen Söhne dort ansässiger Deutschen nicht vom Militärdienst befreit, wird dieser traurige Uebelstand, entgegen aller anderen nützlichen Bestrebungen, das Deutschtum im Auslande zu erhalten, fortdauern. Die harte Notwendigkeit ist mit Rücksicht auf das Nationalgefühl erschwerend und dieses Nationalgefühl ohne weiteres dem Deutschen absprechen, erscheint ungerecht.

„Also frisch ans Werk! Schaffe neues Gesetz, welche es dem im Auslande geborenen Deutschen gestatten, Deutsche zu bleiben, und der segensreiche Erfolg wird nicht ausbleiben."

Wir wollen hoffen, daß bei den Verhandlungen über das neue Gesetz im Reichstage der von Livorno ausgegangenen Anregung Rechnung getragen wird.